

Lucky und die zehn Entlein

Das Wahlprogramm der AfD kritisch kommentiert
<http://www.alternativefuer.de/pdf/Wahlprogramm-AFD.pdf>

AfD: Wir fordern die Wiedereinführung nationaler Währungen oder die Schaffung kleinerer und stabilerer Währungsverbände.

Ein Nord-Euro löst keine Probleme, sondern verzögert sie nur. Wirtschaftliche Ungleichgewichte einzelner Staaten können nur durch eigene Währungen, die zueinander auf- und abwerten können, ausgeglichen werden. Wird dieser natürliche Anpassungseffekt unterdrückt, könnten nur dauerhafte Transferzahlungen diese Ungleichgewichte ausgleichen. Selbst in Deutschland sind die wirtschaftlichen Unterschiede der einzelnen Länder so gravierend, dass es einen Länderfinanzausgleich benötigt, um den Länderverbund finanzpolitisch stabil zu halten. Ohne diesen Ausgleich würden strukturell schwache Bundesländer in Konkurrenz zu den starken Bundesländern bei der selben Währung nicht überleben können. Ein Finanzausgleich zwischen den europäischen Ländern sprengt aber bei Weitem die Grenzen der Belastbarkeit aller starken EU-Länder.

Die einzige Möglichkeit, das Ungleichgewicht zwischen den EU-Ländern zu kompensieren ist die Ab- oder Aufwertung eigener Währungen entsprechend ihrer Wirtschaftsleistung zueinander. Eine Abwertung, z.B. der Drachme, hat den Effekt, dass die Griechen vermehrt ihre eigenen Produkte kaufen und somit ihre Binnenwirtschaft stärken. Länder mit starken Währungen können dort wieder „billig“ einkaufen und Urlaub machen und tragen somit ihrerseits zur Stärkung und Genesung der Wirtschaft vor Ort bei. Wirtschaftlich starke Länder produzieren meist auch andere (hochwertigere oder aufwendigere) Waren, als die schwachen Länder und haben dadurch mit einer starken Währung wenig Nachteile beim Export, dafür viele Vorteile (durch den günstigen Wechselkurs) beim Import von Vorprodukten. Die Vorteile überwiegen. Deutschland war auch mit der „harten DM“ Exportweltmeister.

Die lateinische Münzunion ist das direkte Vorläuferprojekt des Euros und scheiterte in den 1920er Jahren. Griechenland ging damals als erstes pleite und schied aus dem Währungsverbund aus. Frühere Münzunionen teilten das selbe Schicksal. Man sollte endlich aus der Geschichte lernen!

AfD: Wir fordern, dass die Kosten der sogenannten Rettungspolitik nicht vom Steuerzahler getragen werden. Banken, Hedge-Fonds und private Großanleger sind die Nutznießer dieser Politik. Sie müssen zuerst dafür geradestehen.

Die Kosten der Rettungspolitik auf Banken und Hedgefonds umlegen bringt keinen nennenswerten Unterschied. Die Kapitalgeber der Banken sind in vielen Fällen Kleinsparer, die unwissend der rechtlichen Fakten, davon ausgehen, dass ihre Spareinlagen auf dem Bankkonto tatsächlich ihnen gehören. Geld auf einem Bankkonto ist jedoch kein gesetzliches Zahlungsmittel, sondern nur ein Anspruch auf Selbiges. Jeder Euro, den Sie auf die Bank bringen, ist am Ende eine Gläubigerforderung Ihrerseits an die Bank. Wenn die Bank pleite geht, werden speziell die Kleinsparer aus der Konkursmasse zuletzt bedient. Die Einlagensicherung garantiert auch nur solange für die Spareinlagen, wie Geld im Einlagensicherungsfonds vorhanden ist. Der Fonds ist jedoch dramatisch schlecht ausgestattet. Wenn dieser Fonds leer ist, besteht kein Anspruch mehr auf Ersatzleistung und speziell die Masse der Kleinsparer geht dann bei einer Pleite einer größeren Bank direkt leer aus.

AfD: Wir fordern, dass hoffnungslos überschuldete Staaten durch einen Schuldenschnitt entschuldet werden.

Überschuldete Staaten, die durch einen Schuldenschnitt (also durch eine halbgare Staatspleite) entlastet werden, lösen einen Kaskadeneffekt aus, der am Ende uns alle trifft. Schulden streichen bedeutet immer auch Guthaben streichen. Die Schulden der Staaten sind die Guthaben von anderen Staaten, Banken, Rentenfonds und somit auch wieder Guthaben der Bürger. Ein Schuldenschnitt wird damit am Ende wieder zu Lasten des Einzelnen gehen. Jede einzelne sogenannte „Lösung“, die unsere Politiker anbieten können, bedeutet zwangsläufig Verluste für den kleinen Mann. Das Problem ist mittlerweile so groß geworden, dass niemand mehr eine Lösung anbieten kann, die „schmerzfrei“ für die Bürger verlaufen wird. Wird jedoch nicht schnell das Geldsystem selbst verändert (inklusive dem Monopol des Staates auf das Geld), so wird es unmöglich sein, überhaupt auch nur einen angemessenen Teil seiner Ersparnisse in ein neues Geld zu retten. Man sollte endlich anfangen, diese Tatsache offen und ehrlich zu kommunizieren.

AfD: In der Schuldenkrise müssen Banken ihre Verluste selbst tragen oder zu Lasten ihrer privaten Großgläubiger stabilisiert werden.

Und wie? Die Banken haben kaum Eigenkapital. Das Großkapital weiß immer einen Tag vorher bescheid und kann seine Schäfchen ins Trockene bringen. Daher bleibt bei einer Insolvenz nichts außer Schulden für den Steuerzahler, also wieder für den Bürger, übrig. Kollabierende Banken gefährden mit Ausnahme des Großkapitals jeden Privatanleger und jeden mittelständischen Betrieb, dessen Geld plötzlich nicht mehr verfügbar ist oder dessen Kredit über Nacht gekündigt wird. Die Probleme sind heute so unüberschaubar und insgesamt in einem so kritischen Stadium, dass eine Insolvenz einer einzigen Bank ganze Staaten gefährdet. Die einzige Möglichkeit, eine Bankenpleite abzumildern, bestünde in der Vorsorge und nicht in der Nachsorge: Der Mindestreservesatz, also das Eigenkapital der Banken, müsste kontinuierlich angehoben werden. Da aber auch DAS heute bereits kaum noch möglich ist, bleibt nur, den Menschen die freie Wahl des Geldes zu lassen, damit sich freie, werthaltige Währungen etablieren können. Der langsame Umstieg von wertlosem Schuldgeld hin zu Warengeld verhindert am Ende große wirtschaftliche Schocks durch Bankenpleiten, wird aber auch nicht ohne finanzielle Einbußen für jeden von uns vor sich gehen können.

AfD: Wir werden uns für eine Reform der EU stark machen, um die Brüsseler Bürokratie abzubauen und Transparenz und Bürgernähe zu fördern.

Die EU ist ein supranationales Projekt. Zentrale Planstellen, die viele Staaten mit unterschiedlichen Wirtschaftsleistungen reglementieren wollen, können nur scheitern.

Der einzelne Mensch kann kaum für ein Jahr im Voraus planen. Wie soll das dann eine Planstelle für mehrere hundert Millionen Menschen können? Wir bejahen ein friedliches Europa vollständig souveräner Staaten. Die EU braucht keine Reform, sie muss abgewickelt werden, denn sie kann nicht funktionieren.

AfD: Wir fordern, dass Bundestagsabgeordnete ihre volle Arbeitskraft der parlamentarischen Arbeit widmen. Das Mandat darf nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden.

Solange Politiker für ihr Amt bezahlt werden, werden sie alles unternehmen, um ihr Amt zu behalten. Diese Art der systembedingten Abhängigkeit fördert Wahlgeschenke, unsinnige Gesetze

und Regelungen und nicht einzuhaltende Versprechen und schadet damit der Demokratie ansich. Und solange Politiker überhaupt soviel Arbeit haben, dass sie dafür bezahlt werden müssen, gibt es ganz einfach zu viel Bürokratie, zu viele Regelungen und die Politik hat an einer zentralen Stelle zu viel Macht. Wird der politische Entscheidungsprozess möglichst tief auf die kommunale Ebene verlagert, hat eine Zentralregierung kaum noch etwas zu tun, muss also dafür nicht mehr bezahlt werden und wird dann kaum noch in der Lage sein, die Politik der Menschen vor Ort zu beeinflussen. Dadurch erledigt sich auch das heutige Problem des Lobbyismus und alle durch ihn verursachten Probleme von alleine. Die Schweiz macht es vor.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Milizsystem>

AfD: Wir fordern, die Schuldenbremse zu achten und die Schuldenberge abzubauen. Auch Deutschland hat viel mehr Schulden als zulässig.

Im jetzigen System bedeutet eine Schuldenbremse nicht nur die Einschränkung des Staates beim Geldausgeben sondern einen Systemzusammenbruch. Das System braucht keine Schuldenbremse sondern eine tatsächliche Reform des Geldsystems und eine Verlagerung der politischen Macht weg von einer zentralen Stelle hin zur lokalen Ebene. So bleibt das Geld stabil und politische Fehlentscheidungen wirken sich schlimmstenfalls lokal aus und nicht auf alle 80 Mio Bürger.

AfD: Wir fordern, dass die Haftungsrisiken aus der Euro-Rettungspolitik endlich in der Finanzplanung berücksichtigt werden. Derzeit wird den Bürgern bewusst Sand in die Augen gestreut.

Die Forderung ist eigentlich unterstützenswert. Z.B. werden die Pensionsrückstellungen weitestgehend in den Haushalten verschleiert. Aber ist damit dann irgendeine Ursache abgestellt worden? Die gesamten Verträge zum ESM etc. basieren auf den nicht-eingehaltenen Maastricht-Verträgen, die ihrerseits schon nicht über Volksentscheide legitimiert sind. Die Haftungsrisiken sind somit völkerrechtlich nicht bindend und entsprechend sollten wir damit beim sofortigen Austritt aus der EU verfahren. Das erste Land, das so verfährt, wird mit einem blauen Auge für seine Bürger davon kommen. Die anderen Länder fallen in eine tiefe Krise, bis endlich die Staatspleite alle Staatsschulden und Guthaben (seiner Bürger) auslöscht.

AfD: Die Eurokrise gefährdet alle Formen der Altersvorsorge durch Überschuldung und minimale Zinsen. Die Schulden der Eurokrise dürfen nicht zu einer Rente nach Kassenlage führen.

Nein, das Geldsystem selbst und der verschwenderische und lobbyierte Staat gefährden die Altersvorsorge. Die Eurokrise ist ein klassisches Symptom dessen. Rentnern, die aufgrund des Wertverfalls des Euro heute Pfandflaschen aus Mülleimern suchen müssen, hat man vor 30 Jahren vorgerechnet, wie viel Geld sie am Ende (nominell) ausgezahlt bekommen und wie gut man davon leben könne. Die realen Inflationen werden jedoch in diesen Berechnungen nicht berücksichtigt. Inflation entsteht nur dadurch, dass mehr Geld in Umlauf gebracht wird, als dem Waren gegenüber stehen. Dadurch „streiten sich“ mehr Geldscheine um eine etwa gleichbleibende Anzahl von Waren – die Waren werden dadurch teurer bzw. das Geld wird „billiger“, verliert also an Kaufkraft. Ein klassisches Beispiel ist das Brötchen, das vor grob 60 Jahren 8 Pfennige gekostet hat. Das Geld war damals noch viel weniger inflationiert.

AfD: Deutschland hat zu wenige Kinder. Renten- und Krankenversicherung stehen deshalb auf tönernen Füßen. Deutschland muss kinder- und familienfreundlicher werden.

Das ist Unsinn.

In der aktuellen Situation kann das staatliche Umlagesystem nicht am Leben gehalten werden. Jeder, der Eins und Eins zusammenzählen kann, weiß das oder ahnt das zumindest. Der Generationenvertrag muss aufgebrochen und das Rentensystem langfristig privatisiert werden. Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, also Versicherungen, die tatsächlich nur ihren Mitgliedern verpflichtet sind, könnten ein erster Lösungsansatz dazu sein. Diese Reform muss über einen jahrzehntelangen Zeitraum umgesetzt werden. Je eher wir damit beginnen, desto weniger Armut werden die kommenden Rentnergenerationen ertragen müssen.

In Kombination mit einem wertstabilen Geld und dem technischen Fortschritt würden die sinkenden Geburtenraten so mehr als kompensiert werden. Würde bei einem werthaltigem Geld die Kaufkraft bei den produktiven Menschen bleiben und nicht, wie heute, zum Staat und zum Großkapital hin abfließen, würden sich auch wieder mehr Familien Kinder überhaupt leisten können.